



VORSITZ

Sehr geehrte Frau Mag. Perle,

danke für die Übermittlung des Änderungsentwurfs des UG 2002. Nach reiflicher Überlegung übermitteln wir Ihnen die Stellungnahme von Seiten der ÖH der Medizinischen Universität Graz.

Als zugangsbeschränkte Universität sehen wir mit Sorge, wie in letzter Zeit die Hochschulen in Graz und in Österreich im internationalen Vergleich zurückfallen. Auch Berichte über teils prekäre Zustände im Bildungsbereich geistern ständig durch alle Medien. In der Vergangenheit hat es deshalb öfter Kundgebungen und Streiks von Seiten der Studierenden sowie der Lehrenden und Universitätsbediensteten gegeben. Wie wir alle wissen, besteht das Grundproblem in der fehlenden Ausfinanzierung unserer Unis und FHs. Der Vorschlag des Bundesministeriums, nicht nur auf die Finanzierung der öffentlichen Hand zu vertrauen, sondern sich selbst zu helfen und andere Geldgeber zu suchen, ist nur bedingt praktikabel, da nur bereits erfolgreiche Universitäten auch von privater Hand finanziell unterstützt werden.

Das nun auf die Möglichkeit von nahezu flächendeckenden Beschränkungen zurückgegriffen wird, ist unserer Meinung nach ein Schritt in die falsche Richtung. Denn unsere Zugangsbeschränkungen sind das letzte Mittel um eine dringend benötigte Berufsgruppe ausbilden zu können, weil wir von der Regierung im Stich gelassen werden. Ohne Zugangsbeschränkungen wäre auf unserer Uni kein qualitativer Unterricht und keine ÄrztInnenausbildung mehr möglich. Damit wäre in den nächsten Jahren ein großer ÄrztInnenmangel zu erwarten, der die medizinische Versorgung in unserem Land ernsthaft in Frage stellen würde. Wir sehen die Zugangsbeschränkungen allerdings nur als vorübergehende Notlösung, bis die Gesellschaft und auch die Politik einsieht wie dringend sie uns braucht.

Dass nun auf allen Universitäten Studienplatzbeschränkungen eingeführt werden, wenn plötzlich das Geld nicht mehr reicht ist ganz klar das falsche Zeichen. Man reißt doch auch nicht der Zimmerpflanze die Blätter aus, bis das Wasser wieder reicht!

Was es vielmehr braucht ist ein mutiges Bekenntnis für unsere heimische Bildungslandschaft. Und es ist dringend notwendig, dass es positive Akzente von Seiten der hohen Politik gibt. Nicht umsonst sind so viele Menschen in unserem Land bildungsverdrossen, wie aus den Umfragen der letzten Tage und Wochen ganz klar hervorgeht. Die ÖsterreicherInnen müssen endlich erkennen wie wichtig Bildung für den Einzelnen sein kann. Bildung muss für jeden Mann und jede Frau in unserem Land erreichbar sein. Und damit ist nicht die starre Ausbildung in einem verschulerten System gemeint, die den Studierenden die Luft zum Atmen nimmt und die Anzahl der psychisch gefährdeten Personen im Land hochtreibt, sondern Bildung im Sinne der Fähigkeit eigenständig und sinnerfassend Informationen zu sammeln und selbstreflektiert einzusetzen. Dafür braucht es natürlich die geeigneten Rahmenbedingungen: Platz zum Denken und Raum sich zu bewegen.

Wir glauben, dass das möglich ist und wünschen unseren PolitikerInnen den Mut und die Weitsicht für unsere Bildung einzutreten und für eine ausreichende Finanzierung unserer Universitäten Mittel zu lukrieren.

Des Weiteren bitten wir um die Aufklärung einiger Unklarheiten in Bezug auf die verpflichtende Studienwahlberatung:

- Von welchen Personen oder Instituten sollte die Beratung übernommen werden?
- Woher stammen die Ressourcen für die flächendeckende Beratung?
- Zu welchem Zeitpunkt sollte die Beratung stattfinden?

Hochachtungsvoll,

Elisabeth Amberger, Lisa Tarmann, Markus Baumgartner
Vorsitzteam - HochschülerInnenschaft an der Medizinischen Universität Graz